

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verbandes

Nr. 38 / 42. Jahrgang

Erscheint wöchentlich
Bezugspreis
pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Mitglieder kostenlos

Berlin, 21. Sept. 1928

Die Tagung des 13. Gewerkschaftskongresses.

II.

2. Verhandlungstag.

In der Aussprache über den Bundesvorstandsbericht von Thomas Frankfurt a. M., Dachdecker, für die Schlichtungsordnung ein. In der Arbeitslosenversicherung wies sich die Drittelung der Vertreter in Arbeitgeber-, Arbeitnehmer- und Behördenvertreter als schwere Benachteiligung der Arbeiterklasse. — Das Reichswirtschaftsministerium kommt dem selbständigen Handwerker zu weit entgegen. Redner wendet sich gegen ein neues Handwerkerrecht, das die Arbeitnehmer nur unzulänglich berücksichtigt.

Ein weiterer Redner wendet sich gegen die Nationalisierung und Zentralisierung der Prozessvertretung vor den Arbeitsgerichten.

Margarete Philipp vom Verkehrsband beschwert sich darüber, daß die Frauen so wenig zur Mitarbeit herangezogen werden.

Ein Delegierter wendet sich gegen die Handhabung der Schlichtungsordnung. Von den beiden oppositionellen Leitungsmitgliedern Gahler und Friedel vermischt erkläre er im Bundesbericht die Analyse der politischen Situation und kündigt den Kampf der Opposition an, der nicht in wenigen Worten abgehandelt werden kann. Das zweite wandte sich gegen das Schlichtungswesen und den Bundesvorstand. Im weiteren Verlauf der Debatte wurde die Streichung des § 123 der Gewerbeordnung, der die kritische Entlassung der Arbeitsunfähigkeit oder bei absehender Krankheit ermöglicht, dringend gefordert. Abschließend sprach der Redner vor wesentlich die Ausführungen von Schleicher, Holzarbeiter, Berlin, der darauf hinwies, daß die Frage des Schlichtungswesens nicht in wenigen Worten abgehandelt werden kann. Daß die Verhandlungen nur bei wirklichem öffentlichen Interesse erfolgen sollen, ist völlig unklar. Mit solchen Formulierungen kommen wir nicht mehr aus. Die Entscheidung über die Verbindlichkeitsklärung darf dem Reichsarbeitsminister nicht mehr überlassen bleiben.

Es müßte ein paritätisches Schlichtungsgericht an seine Stelle gesetzt werden. Eine solche paritätische Kommission würde zur Ehrlichkeit erzwingen. Es würde die Verantwortung für die Entscheidung über den Kontraktanten beinhalten.

Die bisherige Tätigkeit des Bundes, Berlin: Dr. Rempel, Betriebsratssekretär des Bundes, Berlin: Die Befreiung des § 123 der Gewerbeordnung ist von uns nochmals gefordert worden. Die Prozessvertretung muß anders betrachtet werden. Die Gewerkschaften sind nicht als Rechtsorgane geworden. Es ist nur verlangt worden, in allen Fällen eine Prozessvertretung zu ermöglichen. In den Fällen der Verbindlichkeitsklärung soll der Bundesvorstand die Entscheidung treffen. Im Zeitungsrecht des ADGB, eintraten können. Im Zeitungsrecht des ADGB, eintraten können. Im Zeitungsrecht des ADGB, eintraten können.

Die Befreiung des § 123 der Gewerbeordnung ist von uns nochmals gefordert worden. Die Prozessvertretung muß anders betrachtet werden. Die Gewerkschaften sind nicht als Rechtsorgane geworden. Es ist nur verlangt worden, in allen Fällen eine Prozessvertretung zu ermöglichen. In den Fällen der Verbindlichkeitsklärung soll der Bundesvorstand die Entscheidung treffen. Im Zeitungsrecht des ADGB, eintraten können. Im Zeitungsrecht des ADGB, eintraten können. Im Zeitungsrecht des ADGB, eintraten können.

Bereits 1924 habe ich die Auffassung vertreten, daß im Schlichtungswesen die Arbeiterklasse allein das Recht haben soll, die Verbindlichkeitsklärung zu beantragen. Eine Körperlichkeit, an Stelle des Arbeitsministers, würde nichts ändern. Wir müssen das Schlichtungswesen nicht bürokratisieren. Bei der Verbindlichkeitsklärung handelt es sich nicht um ein Fallgesetz, wenn die Gewerkschaften allein das Recht haben, den Antrag zu stellen. Es ist eine Arbeiterentscheidungsfrage. Es ist eine Arbeiterentscheidungsfrage. Es ist eine Arbeiterentscheidungsfrage.

Der noch dazu der Staat die letzte Entscheidung hat. Der noch dazu der Staat die letzte Entscheidung hat. Der noch dazu der Staat die letzte Entscheidung hat.

Der noch dazu der Staat die letzte Entscheidung hat. Der noch dazu der Staat die letzte Entscheidung hat. Der noch dazu der Staat die letzte Entscheidung hat.

Der noch dazu der Staat die letzte Entscheidung hat. Der noch dazu der Staat die letzte Entscheidung hat. Der noch dazu der Staat die letzte Entscheidung hat.

Der noch dazu der Staat die letzte Entscheidung hat. Der noch dazu der Staat die letzte Entscheidung hat. Der noch dazu der Staat die letzte Entscheidung hat.

Der noch dazu der Staat die letzte Entscheidung hat. Der noch dazu der Staat die letzte Entscheidung hat. Der noch dazu der Staat die letzte Entscheidung hat.

Stellung nehmen, wurden angenommen. Außerdem wurde noch einigen Anträgen zugestimmt, zu denen Tarlow-Holzarbeiter, Berlin, die Stellungnahme der Kommission begründete. Das Vertrauensvotum für den Bundesvorstand wurde nach Begründung Frey-Hannover mit allen gegen drei Stimmen angenommen. Der Kongress ist von 282 Delegierten besetzt, die davon zwei Frauen.

3. Verhandlungstag.

Zum Vortrag:

„Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie“

führte F. Rapphali, Berlin aus:

Der Ruf nach Wirtschaftsdemokratie innerhalb der deutschen Arbeiterklasse bedeutet nicht ein Zurückgehen von der Ideenwelt des Sozialismus. Die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie bezieht sich vielmehr auf den Weg zur Verwirklichung des Sozialismus zu führen. Dieser Weg wird dadurch gekennzeichnet, daß der Autokratie der kapitalistischen Unternehmen die Demokratie der arbeitenden Menschen entgegengestellt wird, daß das Interesse der Gesamtheit gegenüber den Sonderinteressen einer herrschenden Klasse immer stärker in die Erscheinung tritt.

Der Kapitalismus hat bereits von sich aus das System der freien Wirtschaft grundlegend verändert, indem er es mit zahlreichen Organisationsformen bereicherte. Der Zweck dieser Durchorganisierung ist die Beherrschung des Marktes. Schätzungsweise ist bereits mehr als die Hälfte der deutschen industriellen Produktion in irgendeiner Form in dieses Netz organisatorischer Bindungen einbezogen worden.

Diese Durchorganisierung des Kapitalismus bedeutet noch nicht Demokratisierung der Wirtschaft, sie muß aber zwingend die Entwicklung beeinflussen. Denn diese höchste Form autokratischer Wirtschaftsbearbeitung ruft eine Gegenbewegung der Gesamtheit hervor, die sich äußert in dem Verlangen nach Kontrolle der privatkapitalistischen Monopole durch die Gemeinschaft, vertreten durch den demokratischen Staat. Neben die Staatkontrolle muß die Teilnahme der Arbeiterklasse an der Führung der großen Monopolorganisationen treten. Wir haben bereits einige Selbstverwaltungsorgane auf gewerkschaftlicher Grundlage (Rohle, Kaff), die freilich noch Mängel aufweisen und daher einer Reform bedürfen.

Neben die Tendenz zur privatkapitalistischen Organisation tritt als weiteres Merkmal der modernen Wirtschaftsentwicklung das Anwachsen der öffentlichen Betriebe, treten endlich als neues unkapitalistisches Element die eigenen Wirtschaftsorganisationen der Arbeiterklasse (Rotiumgenossenschaften, Arbeiterbank, Verband sozialer Baubetriebe usw.)

Geht man mit dieser Entwicklung auf der Produktionsseite gehen die Wandlungen, die sich in der Gestaltung des Arbeitsmarktes vollziehen. Die frühere Freiheit des Arbeiters gegenüber dem Kapital bedeutet, ist durch die jahrzehntelange Arbeit der Gewerkschaften in ihren Grundzügen umgewandelt. An die Stelle inelastischer Vertragsabschlüsse einer Vielzahl von Arbeitern trat das kollektive Arbeitsrecht. Mit sozialen Gesetzen griff der Staat immer stärker in die Freiheit der Wirtschaft ein (Arbeitszeit, Arbeiterschutz, Sozialversicherung). Mit der Arbeitslosenversicherung wurde neuerdings der Staat gezwungen für ein neues soziales Güterrecht, für eine Umgestaltung der Verteilungsordnung.

Der Redner streift dann die Nationalisierungsfrage. Ziel der Nationalisierung ist die Rationalisierung der Untoten, mit denen ein bestimmtes Arbeitsergebnis erreicht werden kann. Soweit diese Verminderung auf technischem Fortschritt und besserer betrieblicher Organisation beruht, wird sie auch von der Arbeiterklasse grundsätzlich bejaht. Sofern die Ersparnisse allerdings durch rückständige Verknüpfung von Arbeitskraft erzielt werden sollen, muß dies auf den berechtigten Widerstand der Arbeiterklasse stoßen. Denn solche Methoden haben mit echter, fortschrittlicher Nationalisierung nichts zu tun, weil sie nicht berücksichtigen, daß die Erhaltung der Arbeitskraft und der Lebenskraft das wichtigste Ziel aller Wirtschaft sein muß. Derartigen Auswüchsen muß durch ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer vorgebeugt werden. Auch diese Frage mündet also in die Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft aus.

Der Prozeß der Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems spielt sich also praktisch in unendlich vielfachen Formen ab. Alle Gegenwartsforderungen der Arbeiterklasse tragen daher den gemeinsamen Charakter, daß sie gegenüber der kapitalistischen Autokratie eine Demokratisierung der Wirtschaftsführung anstreben. Demokratisierung ist aber nicht nur eine Erweiterung der Rechte, sondern auch eine Ausdehnung der Pflichten. Die Erziehung zur Ausübung dieser Pflichten ist eine Bildungsaufgabe. Daher gehört der Ausbau des öffentlichen Schulwesens, insbesondere der Ausbau der Volkshochschulen, erst zu den Aufgaben der Wirtschaftsdemokratie. Durch die Befreiung des Bildungsmonopols muß die Gemeinschaft den jungen Menschen die Vollendung ihres Bildungsganges sichern.

Der Weg zum Sozialismus kann nur schrittweise zurückgelegt werden. Er führt über die Demokratisierung der Wirtschaft in ihrem weitesten Sinne. Diese Forderung bedeutet also den beharrlichen und verstärkten Kampf für die Befreiung und die Entfaltung der kulturellen Kräfte der Arbeiterklasse, den Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus. (Stärker Beifall)

In der Aussprache über das Referat Rapphali stimmen sämtliche Diskussionsredner dem Vortrag im wesentlichen zu, mit Ausnahme von Kraus-Stuttgart, der nicht von den Ausführungen des Vortragenden überzeugt war. Besondere hervorgehoben waren die Ausführungen von Zimmer und Eggert sowie Tarlow. Letzterer hob hervor:

Es ist eine merkwürdige Sorte von Marxisten, die glauben, daß das Finden neuer ökonomischer marxistischer Erkenntnisse mit dem Ableben von Karl Marx aufgehört hat. (Sehr richtig!) Dieser Auffassung sind immer noch die Kommunisten. Wir als Gewerkschafter sind Realpolitiker; wir wissen, daß neue ökonomische Erkenntnisse auch aus den jeweiligen ökonomischen Verhältnissen geboren werden. Wenn Karl Marx heute noch lebte, dann stünde er zweifellos auf unserer Seite, dann hätte er wahrscheinlich das Referat von Rapphali gehalten und jedenfalls auch nichts anderes sagen können als dieser. Wir denken auch nicht daran, unser Endziel, den Sozialismus, preiszugeben. Wir wollen eine bessere Zukunft, aber auch eine bessere Gegenwart. Das ist der Sinn unseres Programms zur Wirtschaftsdemokratie.

Nach dem Schlußwort Rapphali findet die Entscheidung über die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie statt einstimme Annahme.

Bemerkenswert waren auch die Ausführungen des Direktors der Arbeiterbank, Dr. Basse. Die Arbeiterbank hat in den letzten Jahren den Bau von 4000 Arbeiterwohnungen finanziert. Sie hat auch Gemeinden, in denen die Arbeiterklasse einen entscheidenden Einfluß hat, Kredite gegeben, so daß viele von dem sonst notwendigen Verkauf der häßlichsten Werke an das Privatkapital Abstand nehmen konnten.

Zur Reform der sozialen Gesetzgebung sprach Hermann Müller (stellvertretender Bundesvorsitzender). Er forderte die Vereinfachung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung.

4. u. 5. Verhandlungstag.

In der Debatte über Müllers Vortrag traten zwei Delegierte dafür ein, daß die Altersgrenze auf 60 Jahre bei Bezug von Altersversicherung herabgesetzt wird. Nach dem Schlußwort des Referenten wird eine Entscheidung im Sinne des Vortrages angenommen. Ferner ein Antrag, die Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung auf 60 Jahre anzustreben. Weitere Anträge wurden dem Bundesvorstand als Material übergeben.

Es folgte das mit Beifall ausgenommene Referat von O. Heiler, Bildungssekretär im ADGB. Er führte im wesentlichen aus:

Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit ist zweckbestimmt. Der wirtschaftlichen und sozialen Selbstverwaltung soll die „Selbstverwaltung der Gebirge“ folgen. Der Bildungsarbeit fällt aber nicht nur die Schulung der Verbandsmitglieder zu. Sie muß vielmehr gleichzeitig zum Gemeinwohl zu, weshalb sozialistischer Weltanschauung erziehen. Die Arbeiterbildung muß die Bildungsaufgaben in allen Lebensstadien umfassen. Die großen Sozialinstitute, die die gesamte Arbeiterjugend umfassen, sind Volks- und Berufsschule für die innere Gestaltung dieser Schichten müssen daher die Gewerkschaften sich mit allen Kräften einsetzen.

Im Reichsschulgesetz muß die Weltlichkeit des gesamten Schulwesens der leitende Gedanke sein. Die Schule ist die Vorbereitung des Kindes auf das Wirtschaftleben. Sie muß deshalb den Wertunterricht (Arbeitsunterricht) pflegen. Denn der Wertunterricht ist ein wirksames Mittel zur Berufsfindung und gibt die rechte Grundlage zum wirtschaftlichen Denken. Dieser vergrößerte Lehrstoff erfordert die Vertiefung der Schulzeit, die bereits aus Gründen der Arbeitsmarktpolitik lebhaft erörtert wurde.



FÜR UNSERE FRAUEN UND MÄDCHEN



Die Frauen im Crimmitschauer Streik vom Jahre 1903.

In jenem gewaltigen sechsmonatigen Machtkampf des Jahres 1903 zu Crimmitschau, in dem eine heidenmüchtige Textilarbeiterin mit fast rechenenden, von den Behörden unterdrückten Unternehmern um die Erreichung des zehntägigen Kampftages kämpfte, haben Frauen unerschütterlich in der vorderen Kampflinie gestanden. Eine mühselige, gewerkschaftliche und politische Erziehungsarbeit hat in diesen Tagen des rigorosen Kampfes unvergängliche Erträge geerntet. Gerade unter der Crimmitschauer Textilarbeiterin waren Frauen in der Überzahl, ja wurden, aus Gründen einer billigeren Entlohnung, von den Unternehmern bevorzugt. Diese Frauen spürten die unwürdigen Verhältnisse, in denen sie leben mußten, noch mehr als ihre männlichen Kollegen. Mühen sie doch außer der zehn-, zwölf- und vierzehnstündigen Arbeitszeit noch eine Familie zu ernähren, mußten sogar noch in einem Alter von fünfzig Jahren und mehr hinter dem Weibstuhle stehen, in notwendig gestauten Räumen, bedeckt mit Wolffhaub, umgeben vom ständigen Atem der Maschinen. Für diese Frauen war der Kampf um die Verbesserung ihrer Existenz geradezu eine seelische Angelegenheit der Frau, der Gattin, der Mutter. Eine Stunde Freiheit mehr bedeutete für sie eine Stunde der Fürsorge mehr für den Mann, für die Kinder. Als der Streik begann, standen sie nur zu verständlich in der vorbereiteten Linie, ja, munterten die Männer auf, ließen sich keine Mühe verdrießen, buchstäblich Tag und Nacht auf dem Posten zu sein. Sie fürchteten sich weder vor den Schlägen, die sie oft genug als Streikpostenführerinnen, mit dem Streikkrumpf in den Händen, aufschrieben und arretierten, noch vor den Verleumdungen der Unternehmer, sie mit Selbstmord und sonstigen Anreizen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu verleiten. Aber nicht nur in der organisierten Kleinarbeit des Streiks betätigten sich die unerschrockenen Kämpferinnen, sie traten in öffentlichen Versammlungen mutig für die Forderungen der Streikenden ein. Sie waren durch nichts in ihrem Kampfe zu erlahmen. Noch heute, unter einer veränderten politischen und sozialen Lage, sind sie ein leuchtendes Vorbild im Kampfe um die Befreiung des Proletariats.

Kinderzahl und Qualität.

Bei den heutigen sozialen Lebensverhältnissen ist eine hohe Kinderzahl ein Gefahr für den Nachwuchs. Das beweisen deutlich Untersuchungen, die von den Berliner Ärzten Dr. Max und Mario Kiefe angestellt worden sind. Allerdings waren die Fälle von vier oder mehr Kindern nicht ausreichend um hieraus ein statistisches Ergebnis ziehen zu können, doch zeigen uns die Zahlen über die gesundheitlichen Verhältnisse der Familien mit 1, 2 und 3 Kindern, die von den beiden Ärzten in der „Zeitschrift für Schulgesundheitspflege“ in anderen Zusammenhängen bekannt gegeben werden, deutlich, wie sehr Kinderzahl und gesundheitliche Qualität der Kinder zusammenhängen.

So konnten z. B. von den Kindern, die die einzigen Kinder in den Familien waren, 27,5 Proz. der Gruppe „gut“ eingereicht werden, in den Familien, die 3 Kinder hatten, brachten diese Kinder aber in der Gruppe „gut“ nur 18,2 Proz. auf.

Ähnlich war es in der mittleren Gruppe. Von den einzigen Kindern zählten zu dieser Gruppe 43,9 Proz., doch von den Familien mit 3 Kindern konnten nur 27,3 Prozent dieser Gruppe zugerechnet werden.

Umgekehrt dagegen war es in der Gruppe „schlecht“. Angehörten von den einzigen Kindern nur 28,8 Proz. an, dagegen stellten die Familien mit 3 Kindern für diese Gruppe 54,5 Proz.

Wenn unter den Familien mit 1, 2 und 3 Kindern bereits solche Unterschiede in der Gesundheit der Kinder festgestellt werden konnten, wie wird der gesundheitliche Zustand da in den Familien mit 4 und mehr Kindern sein! Die sozialen Lebensbedingungen unserer Zeit genügen kaum für die kleinste Familie. Das bedeutet die zahlreichere Familie eine schwere Behinderung der gesunden Volksgesundheit. Doch aber selbst 2 oder 3 Kinder bereits den gesundheitlichen Zustand der Familie unangenehm beeinflussen, beweist uns, wie wenig die sozialen Lebensverhältnisse heute selbst einer normalen Volksgesundheit entsprechen. Eine Besserung der Lebensbedingungen und Volksgesundheit eine Stärkung unserer Volksgesundheit und Volksgesundheit. Das in den Familien mit nur drei Kindern schon mehr als die Hälfte zur schlechten Gruppe rechnet, während ihr von den einzigen Kindern noch nicht ein Fünftel angehört, beweist doch wahrlich eine ernste Mahnung.

Das Kind als Opfer der Gesellschaft.

Prof. Dr. James Brod hat eine große Reihe von Sittlichkeitsverbrechen einer Untersuchung unterzogen, über deren Ergebnis er in der „Zeitschrift für die gesamte gerichtliche Medizin“ berichtet. Er kam in seinen Beobachtungen zu dem bedauerlichen Ergebnis, daß in rund einem Drittel dieser Fälle (24,7 Proz.) Kinder bis zu 10 Jahren das Opfer der Sittlichkeitsverbrechen gewesen sind.

Eine erschreckende Zahl und ein furchtbares Spiegelbild der sozialen Verhältnisse. Sätte jeder seine Arbeit, sein Einkommen, sein Heim und die Mittel zur kulturellen Ausfüllung der Freizeit, dann würde das Ergebnis ganz un zweifelhaft anders sein.

Die Ansprüche der Krankenversicherten auf Wochenhilfe.

Weibliche Versicherte, wenn sie in den letzten beiden Jahren mindestens 300 Tage Krankentage angehört, wozu 180 Tage in das letzte Jahr fallen müssen, erhalten an Wochenhilfe:

1. die Entbindungskosten;
2. Wochenlohn;
3. Stillsitzgeld.

Zu den Entbindungskosten rechnen nicht nur die Forderungen der Hebammen, sondern auch die Arztkosten sind von der Krankenkasse zu bezahlen, wenn ärztliche Hilfe bei der Entbindung nötig war. Außerdem sind die Auslagen für Verbandstoffe, Medikamente und andere kleinere

Den Frauen.

O Frauen, wie das Los der Erde falle, Nie wechselt eures: Leiden, Kampf und Not. Ob Frieden blühe, ob das Schlachthorn schalle, Ein ew'ger Brand von eurem Opfer loht.

Die welche Hand, die fremdes Weh verbunden, Die schöne Hand, zu niederem Dienst bequem, Verdeckt beschämt die eignen bittern Wunden; Euch flüht kein Glücklicher, wenn Schmerz euch lähmt.

Die edles Denken haucht wie eine Blume, Die freie Stirne schmückt kein Ehrenkranz, Von eurer tapferen Herzen Heldentum Singt keine Chronik, prahlt kein Ordensglanz.

So hold tragt ihr das Haupt, ihr aufrecht Schlanke, Als war ein Diadem das Wärmorbad; Wer dächte, der euch lächeln sieht, zu danken? Den launlos Scheidenden blickt keiner nach.

Die zart'ne Brust schirmt keines Ritters Essen, Die Sklaven kämpft ihr, schüchlos, namenlos, Und steigt, wenn Völker ihre Heiden pressen, Vergess'ne Sieger, in den dunklen Schoß.

Ricarda 844.

Heilmittel von der Krankenkasse zu erstatten. Erforderlich ist, daß sich die Versicherten vor der Wiedertunft mit ihrer Krankenkasse in Verbindung setzen, um sich wegen der Uebernahme aller entstehenden Kosten bei der Entbindung zu informieren.

Außer den Kosten, die die Krankenkasse an die Hebamme bzw. an den Arzt zahlt, hat die Krankenkasse noch einen einmaligen Beitrag zu den sonstigen Kosten der Entbindung in Höhe von zehn Mark zu entrichten.

Das Stillsitzgeld wird für 71 Tage gezahlt, soweit in der Sägung der Krankenkasse die Bezugsdauer nicht verlängert ist. Die Wächnerin hat nicht erst nach der Entbindung den Anspruch auf Wochenlohn, sondern kann ihn schon vier Wochen vor dem geltend machen. Es ist zweckmäßig, der Krankenkasse eine Bescheinigung der Hebamme oder der Säuglingsfürsorgestelle vorzulegen, aus der hervorgeht, daß die Entbindung in vier Wochen stattgefunden wird, damit die Krankenkasse die Unterstüßung zahlen kann. Stellt die Versicherte sechs Wochen vor der Wiedertunft die Arbeit ein und bescheinigt der Arzt, daß innerhalb dieses Zeitraumes die Entbindung stattfindet, so hat die Krankenkasse bereits für diese Zeit das Wochenlohn zu zahlen; eine Umrechnung auf das Wochenlohn für 71 Tage kommt jedoch, wie in jedem Fall, nur für die vier Wochen vor der Wiedertunft in Frage.

Stillsitzgeld wird für 85 Tage gezahlt. Voraussetzung ist, daß die Wächnerin das Kind stillt. Dies ist dann von der Säuglingsfürsorgestelle zu bescheinigen. Nicht nur die weiblichen Versicherten, sondern auch die Ehefrauen der Versicherten erhalten Wochenlohn, soweit die Ehefrauen nicht auf Grund eigener Versicherung Anspruch auf Wochenhilfe haben. Die Unterstüßung für Familienangehörige hinsichtlich der Entbindungskosten ist die gleiche wie bei den weiblichen Versicherten. Das Wochenlohn beträgt bei den weiblichen Versicherten täglich 0,60 M., und wird für 71 Tage gezahlt. Es kann durch die Sägung erhöht werden. Stillsitzgeld wird für 85 Tage mit täglich 0,25 M. gewährt, wenn das Kind gestillt wird. Dies muß auch für diese Fälle von der Hebamme oder Säuglingsfürsorgestelle bescheinigt werden.

Trinksitte der Frauen im Mittelalter.

Nicht die Männer allein, auch die Frauen erwießen sich im Mittelalter als recht trinkfest. Anna Bos, Stuttgart, hat hierüber ziemlich reichhaltiges Material gesammelt; wir geben davon folgendes wieder: Trinktaben und Raststetter wurden in vielen Städten auch von Frauen besucht, die das Gesicht dabei meist mit dem Schleiher verhüllten. So wird von dem berühmten Lübecker Raststetter berichtet, daß dort im Jahre 1476 die Frauen nicht nur „Bachus, den lustigen“, sondern auch „Amor, den lieblichen Knaben“ suchten. Aus Köln stammt ein mittelalterliches Sprichwort: „Watt der Mann verdrert, verlüßt dat Wiß“. In Tachen scheinen dagegen die Frauen mehr Wert auf gutes Essen gelegt zu haben; denn dort hieß es: „Mann schafft, Frau isst“. Eine Chronik aus Schwäbisch-Hall berichtet unter dem Titel „Drei wohlbesessene Weiber“: Anno 1533 sind drei adeliche Geschwistrig, die Friedrichin Genannt, von Ebershofen bürg, nach Sobanestag im Sommer gen Untermündheim von Hall in das Mühl-Nichels Haus kommen, alda des besten Weins 32 Maß ohne die Molt ausgetrunken, die Zech bezahlt und sein ruhig vor Nachts wieder miteinander gen Hall gegangen. Johannes Scherr, der berühmte Historiker, sagt vom Mittelalter: „Es ging herb zu und her in diesem 16. Jahrhundert. Die Hofdamen der Königin Elisabeth von England, die alle aus vornehmen Familien kamen, aßen zum Frühstück Herringe und tranken dazu große Kannen Bier.“ In den Briefen der bekannten deutschen Prinzessin Vieslotta von der Pfalz, die soviel interessante Schilderungen jener Zeit aus Paris geben, findet sich eine Stelle: „Das Saufen ist nun gar sehr in der Mode unter den jungen Weibspersonen.“ Ein andermal berichtet sie, daß die Frauenzimmer den Manneszeiten im Trinken „über“ seien. Von dem eigenen Schwiegervater erzählt sie, daß diese sich drei- oder viermal in der Woche gründlich volltränke. (Geschichte der Gaststättenangestellten.)

Der Schein.

Erzählung von Eile Feldmann.

Am Garten der Blindenanstalt spielten die Kinder. Man sah sofort, daß es blinde Kinder waren, denn ihre Bewegungen waren langsam und vorsichtig; sie spielten Ball und Holzer, und sie juchzten, weil sie jung waren und weil es Frühling war. Viele von ihnen hatten einen Schein. Das waren die, die nach Scherlach oder anderen Krankheiten oder nach Unfällen erblindet waren. Sie alle waren Kinder armer Eltern, und sie wuchsen in dieser Anstalt heran und wurden von bittenden Mitleid erhalten. Die einen Schein hatten, waren die frühlicheren, sie hatten eine Hoffnung. Jedes dachte, es werde einmal sehend werden. Und sie konnten herantommen und sagen: Seht, mein Schein wird heller; ich werde sehen! Die Kinder, die nichts in ihren verklärten Betten lagen und träumten: O sehen! Aber klümmen war es für die, die blind geboren waren. Ihre Mütter hatten an einer Krankheit gelitten und es war bei der Geburt auf die Augen des Kindes nicht achtgegeben worden. Sie lernten Lesen und Schreiben, aber je älter sie wurden, desto mehr fehlte ihnen der verlorenen Sinn — und sie schlichen traurig im Hause umher. Es war ein Mädchen unter ihnen, ein ganz kleines, kleines Mädchen mit blonden Locken und großen, offenen, blauen Augen. Aber diese Augen waren stockblind — es war eine Blindgeborene, und sie hatte nicht die leiseste Spur eines Scheins. Dieses Mädchen war von einer seltenen Güte. In der Gemeinamkeit der blinden Kinder wollte ihre Seele bei allen. Allen half sie, alle tröstete sie — und sie wurde von allen geliebt wie eine gute Schwester. Einst kam ein alter, weißer Mann, der in fernem Ländern viel für die Blinden getan hatte, und sah sich die Anstalt an. Man führte die Kinder vor und zeigte ihm das gute Mädchen. „Nun, mein Kind“, sagte er, „ich höre, du bist so gut. Ich könnte ich dir etwas Schönes und Kostbares schenken.“ „O Herr, seid Ihr ein Zauberer?“ fragte das Mädchen. „Nein“, sagte er, „aber manchmal wünschte ich, ich wäre einer; dann würde ich dich sehend machen. Kein Opfer sollte mir dafür zu groß sein.“ „Mein Herr“, sagte das Kind — es war so bescheiden — „ich wünschte mir nichts anderes als einen Schein, wie ihn viele Blinde bei uns haben.“ „Du bist so schön“, sagte der alte, weiße Mann; „wenn du zwanzig Jahre alt wirst, wirst du den Schein haben.“ Es vergingen die Jahre, aber der Schein zeigte sich nicht; die Augen des Mädchens blieben blind und tot. Da lernte sie in ihrem neunzehnten Jahre einen jungen Mann kennen; der verliebte sich in ihre Schönheit und noch mehr in ihre Sanftmut und Güte, und sie wurde seine Frau. Als sie zwanzig Jahre alt war, erwartete sie ein Kind. Sie lag im weichen Bett, und man brachte ihr das Neugeborene. „Sieht es?“ war die erste Frage. „Es sieht!“ erwiderte der Arzt. „Ach bin gerettet“, sagte sie, „denn es wird groß werden und sehen und mir erzählen, was es in der Welt gibt. Ich werde nicht mehr ganz blind sein. Ich werde einen Schein haben wie viele andere Blinde. Denn mein Kind wird mein Schein sein.“

Die vorstehende Erzählung entnehmen wir dem kleinen aber inhaltreichen 130. Hefchen „Auch ohne Sehung“ von Eile Feldmann, von der Vögelgilde Gutenberg, Berlin SW 61, Verbandschriftleitung.

29. Verbandstag der Tapezierermeister.

Der Gewerkschaftsbund Deutscher Tapezierer und ... Der Gewerkschaftsbund Deutscher Tapezierer und ...

Herzuheben ist, daß man zur Namensänderung kam, ...

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende August 1928.

Die Zahlen unserer Arbeitslosen und Kurzarbeiter zeigen ...

Table with columns: Gau, Arbeitslose, Kurzarbeiter, etc. Rows include Ostgau, Nordgau, etc.

Derfür arbeiten 2770 männliche und 682 weibliche, ...

Die Kurzarbeit verteilt sich:

Table showing distribution of part-time work by hours per week.

Age des Arbeitsmänners in Offenbach a. M. Es waren ...

Table showing age distribution of workers in Offenbach a. M.

Trotz Mäßigung hatten folgende Orte nicht berichtet: ...

*) Haben nachträglich Meldung angefaßt, konnten ...

*) Haben nachträglich Meldung angefaßt, konnten jedoch, ...

Die neuen Eisenbahntarife.

Bekanntlich wird ab Oktober dieses Jahres bei der ...

Table showing railway tariffs for different zones and distances.

Bei Gesellschaftsfahrten, die in Schnell- oder ...

Die Einzel- und Jochfahrten im Berliner und ...

Eine Beschränkung der Gültigkeitsdauer der ...

Als eine Erhöhung wieder auf Kosten der arbeitenden ...

In der Augustwoche wird der Fahrpreis gegenüber ...

Die dritte Klasse erhöht eine Preisermäßigung ...

Als eine Erhöhung wieder auf Kosten der arbeitenden ...

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Zweite Generalsammlung des Einzelverbandes der ...

Der Verband der Buchbinder und Papiererarbeiter ...

Der 11. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter ...

Der 11. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter ...

Der 11. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter ...

Der 11. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter ...

Der 11. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter ...

Der 11. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter ...

Der 11. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter ...

Der 11. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter ...

Der 11. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter ...

Der 11. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter ...

Der 11. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter ...

Korrespondenzen

Magdeburg, Verbandsungsbericht vom 7. September ...

Bücherchau

Das sozialistische Jahrhundert, Monatschrift für Politik ...

Der neue Reichstagsabgeordnete August Rathen ...

Wahre Dein Recht!

Die „Kommune Kumbach“ bringt die neuesten ...

Die „Gemeinde“ erscheint vierteljährlich und ...

Die beste Parteizeitschrift für Kommunisten ist die ...

„Wirtschaftsdemokratie, ihr Wesen, Weg und Ziel“ ...

Dieses Buch ist eine Gemeinschaftsarbeit, die auf ...

Das Buch erhält eine besondere Bedeutung durch ...

Das Buch erhält eine besondere Bedeutung durch ...

Das Buch erhält eine besondere Bedeutung durch ...

Das Buch erhält eine besondere Bedeutung durch ...

Das Buch erhält eine besondere Bedeutung durch ...

Das Buch erhält eine besondere Bedeutung durch ...

Das Buch erhält eine besondere Bedeutung durch ...

Das Buch erhält eine besondere Bedeutung durch ...

Das Buch erhält eine besondere Bedeutung durch ...

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes der Ortsverwaltungen)

Vom 17. September bis 23. September 1928 ...

Veranstaltungskalender

Zelt, Am Sonnabend 22. September, abends 8 Uhr ...

Die Ortsvereine...